

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 232

**Rechtsfragen des
Anerkennungstarifvertrages**

Von

Torsten Umbach



Duncker & Humblot · Berlin

TORSTEN UMBACH

Rechtsfragen des Anerkennungstarifvertrages

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 232

Rechtsfragen des Anerkennungstarifvertrages

Von

Torsten Umbach



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat diese Arbeit
im Jahre 2002 / 2003 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2004 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0582-0227
ISBN 3-428-11152-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Christiane und meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Wintersemester 2002/2003 als Dissertation angenommen. Dem Manuskript liegt die Rechtsprechung und Literatur bis Februar 2003 zu Grunde.

Großen Dank möchte ich Herrn Prof. Dr. Hartmut Oetker aussprechen, der die Bearbeitung des Themas anregte und die Verwirklichung des Promotionsvorhabens maßgebend unterstützte. Mein Dank gilt weiterhin Herrn Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer für die zügige Anfertigung des Zweitgutachtens.

Besonders danke ich Frau Dr. Birgit Friese und Frau Christiane Knauert für die stetige Bereitschaft zu konstruktiver Kritik, die zum Gelingen der Arbeit beigetragen hat. Weiterhin bin ich den Mitarbeitern des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur zu Dank verpflichtet, die mich tatkräftig bei der Einsichtnahme und Auswertung der im Thüringer Tarifregisters gelisteten Firmentarifverträge unterstützt haben.

Besonders verbunden bin ich der Graduiertenförderung der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die mir durch die Gewährung eines Landesgraduierstipendiums die Bearbeitung der Dissertation ermöglichte.

Abschließend danke ich Herrn Prof. Dr. Norbert Simon für die freundliche Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe des Duncker & Humblot Verlages.

Jena, im November 2003

Torsten Umbach

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
A. Einleitender Überblick über die Bedeutung und den Regelungszweck des Anerkennungstarifvertrages.....	29
B. Gang der Untersuchung	32
<i>Teil I</i>	
Einführung in die Problematik des Anerkennungstarifvertrages	37
§ 1 Definition des Anerkennungstarifvertrages.....	37
A. „Anerkennungstarifvertrag“ als Rechtsbegriff.....	37
I. „Tarifvertrag“ als Rechtsbegriff.....	37
II. „Anerkennung“ als Rechtsbegriff	39
III. Schlussfolgerung.....	40
B. Verwendung der Terminologie durch das Bundesarbeitsgericht und das Schrifttum	41
C. Andere Terminologien.....	45
D. Mehrdeutigkeit der Terminologie „Anerkennungstarifvertrag“	47
§ 2 Tarifpolitische Interessenlagen im Hinblick auf den Abschluss des Anerken- nungstarifvertrages.....	48
A. Interesse der Gewerkschaften	49
I. Inhaltliche Gleichstellung von Außenseiterarbeitgebern mit ver- bandsangehörigen Arbeitgebern.....	49
II. Verhinderung der „Flucht“ aus der Verbandstarifbindung.....	53
1. Austritt aus dem Arbeitgeberverband	53
2. Auf- und Abspaltung sowie Ausgliederung.....	58
3. Verschmelzung	62
4. Rechtsgeschäftlicher Betriebsübergang	64
5. Mitgliedschaft ohne Tarifbindung	64
6. Verbandswechsel	67
7. Verbandsauflösung	69
III. Organisatorische Interessenlagen.....	70
IV. Weiterentwicklung des Tarifsystems	71
B. Interesse der Arbeitgeber	72
I. Gewährleistung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen	72

	II. Organisatorische Interessenlagen	73
	III. Arbeitskampfbedingte Interessenlagen	73
	IV. Sonstige Interessenlagen	75
	C. Interesse der Arbeitnehmer	75
	D. Interesse der Arbeitgeberverbände.....	76
	E. Interesse der Allgemeinheit	77
§ 3	Bedeutung und Verbreitung des Anerkennungstarifvertrages.....	78
	A. Bedeutung des Firmentarifvertrages im Allgemeinen.....	78
	B. Aussagen im Schrifttum zur Bedeutung des Anerkennungstarifvertrages ..	79
	C. Eigene empirische Erhebung zur Bedeutung des Anerkennungstarifvertrages.....	81
	I. Bedeutung des Anerkennungstarifvertrages im Wirtschaftszweig der Metall- und Elektroindustrie.....	81
	1. Grundlage und Dokumentation der empirischen Erhebung	81
	2. Auswertung der empirischen Erhebung.....	85
	II. Bedeutung des Anerkennungstarifvertrages in anderen Wirtschaftszweigen	87
	D. Empirische Erhebung durch den Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie e.V.....	88
	E. Empirische Erhebung durch Schroeder/Ruppert.....	90

Teil 2

**Überleitung der inhaltlichen Vorgaben eines
Verbandstarifvertrages in den Anerkennungstarifvertrag –
Rechtskonformität und Rechtsfolgen der inhaltlichen
Verweisungsanordnung**

		91
§ 4	Allgemeine Rechtsfragen der inhaltlichen Verweisung	91
	A. Terminologie.....	92
	B. Verweisungsanordnung und Verweisungsobjekt	94
	C. Deklaratorische oder konstitutive Verweisung	94
	D. Rechtsfolgen der Verweisungsanordnung.....	97
	I. Inkorporationswirkung.....	97
	II. Sonstige Rechtsfolgen.....	99
	E. Statische und dynamische Verweisung.....	99
	I. Statische Verweisung.....	100
	II. Dynamische Verweisung	101
	F. Rechtscharakter der Verweisungsanordnung	104
	I. Bestimmung des Rechtscharakters.....	105
	1. Zuordnung zu den Regelungstypen des § 1 Abs. 1 TVG.....	105
	a) Streitstand.....	105
	b) Stellungnahme	106
	2. Tarifvertragsseigenschaft der Verweisungsanordnung.....	108

	II. Rechtsfolgen der Rechtscharakterbestimmung	109
§ 5	Inhaltlich statische Verweisung	110
	A. Rechtmäßigkeit statischer Verweisungen	110
	I. Schriftform.....	110
	1. Streitstand.....	111
	a) Urkundliche Verbindung als Wirksamkeitsvoraussetzung ...	111
	b) Urkundliche Verbindung keine Wirksamkeitsvoraussetzung.....	112
	c) Auffassung Herschels.....	113
	2. Stellungnahme	113
	a) Zweck des tariflichen Schriftformzwangs	113
	aa) Klarstellungsfunktion	114
	bb) Warnfunktion.....	115
	cc) Kundmachungsfunktion.....	116
	dd) Ergebnis.....	117
	b) Rechtfertigung statischer Verweisungen im Lichte des Normzwecks.....	118
	aa) Kritik an der Notwendigkeit einer Anlagenbeifügung.	118
	bb) Kritik an der Auffassung Herschels.....	120
	cc) Schlussfolgerung	121
	3. Ergebnis.....	122
	II. Normenbestimmtheit.....	122
	III. Publizität.....	125
	1. Streitstand.....	126
	a) Verstoß gegen die Publikationspflicht.....	126
	b) Kein Verstoß gegen die Publikationspflicht	126
	2. Stellungnahme	127
	a) Tarifliches Publikationsinstrumentarium.....	127
	b) Publikation des Inhalts des Anerkennungstarifvertrages	129
	IV. Grenzen der Tarifautonomie	133
	1. Ableitung der tariflichen Normsetzungsbefugnis	134
	2. Grundsatz der Tarifnormverantwortung	136
	3. Verbot der Delegation der tariflichen Normsetzungsbefugnis....	137
	4. Rechtfertigung statischer Verweisungen	138
	5. Ergebnis.....	140
	V. Ergebnis.....	140
	B. Rechtsfolgefragen statischer Verweisungen	140
	I. Rechtsfolgen im Allgemeinen.....	140
	II. Rechtsfolgen bei Verweisung auf nichtige Tarifverträge.....	141
	1. Durchschlagen des Nichtigkeitsgrundes infolge der Inkorporationswirkung.....	141
	2. Durchschlagen des Nichtigkeitsgrundes aufgrund des Gleichstellungsanliegens.....	142

§ 6	Inhaltlich dynamische Verweisung	144
	A. Rechtmäßigkeit dynamischer Verweisungen	144
	I. Schriftform.....	144
	1. Streitstand.....	144
	a) Verstoß gegen das Schriftformerfordernis.....	144
	b) Kein Verstoß gegen das Schriftformerfordernis.....	145
	2. Stellungnahme	146
	3. Ergebnis.....	148
	II. Normenbestimmtheit.....	149
	III. Publizität.....	150
	1. Streitstand.....	150
	a) Verstoß gegen die Publikationspflicht.....	150
	b) Kein Verstoß gegen die Publikationspflicht	150
	2. Stellungnahme	151
	a) Zugänglichkeit auf Arbeitnehmerseite.....	151
	b) Zugänglichkeit auf Arbeitgeberseite.....	152
	3. Ergebnis.....	153
	IV. Grenzen der Tarifautonomie	153
	1. Rechtswirkungen dynamischer Verweisungen	154
	a) Delegation der tariflichen Normsetzungsbefugnis.....	154
	aa) Ursprüngliche Auffassung des Bundesarbeitsgerichts.....	154
	bb) Kritik Herschels und aktuelle Auffassung des Bundesarbeitsgerichts.....	155
	b) Verdeckte Kompetenzübertragung	158
	2. Rechtfertigung der verdeckten Kompetenzübertragung.....	159
	a) Grundsatzrechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Zulässigkeit dynamischer Verweisungen	159
	aa) Herleitung des Sachgerechtigkeitspostulats.....	159
	bb) Fallgestaltungen zulässiger dynamischer Verweisungen	161
	cc) Konsequenzen für den Anerkennungstarifvertrag	162
	b) Entwicklungstendenzen in der neueren Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Zulässigkeit dynamischer Verweisungen in Anerkennungstarifverträgen	163
	aa) Arbeitgeberseite.....	165
	(1) Gewährleistung der Eigenverantwortung	166
	(2) Bedeutung des Erfordernisses der „Vorhersehbarkeit“	168
	(3) Absicherung der Eigenverantwortung	169
	bb) Arbeitnehmerseite.....	170
	(1) Mitwirkung an den künftigen Fassungen des in Bezug genommenen Verbandstarifvertrages.....	171

(2) Rechtzeitige Aufhebbarkeit der dynamischen Verweisungsanordnung.....	171
(3) Gegenüberstellung mit dem Sachgerechtigkeitskriterium des engen Zusammenhangs der Geltungsbereiche	172
cc) Schlussfolgerung	172
c) Kritik an der Grundsatzrechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Zulässigkeit dynamischer Verweisungen und Entwicklung eines eigenen Ansatzes.....	173
aa) Kritische Bewertung des Sachgerechtigkeitspostulats	174
bb) Lösungsvorschläge im Schrifttum	178
(1) Kernbereichstheorie	178
(2) Dispensklausele.....	179
(3) Wesentlichkeitstheorie	180
cc) Eigener Ansatz.....	181
(1) Grundsätzliche Zulässigkeit dynamischer Verweisungen.....	182
(2) Verbot willkürlicher dynamischer Verweisungen.....	187
(3) Ergebnis	189
d) Schlussfolgerung	190
V. Tarifeinheit	190
VI. Demokratieprinzip	191
VII. Negative Koalitionsfreiheit.....	192
VIII. Positive Koalitionsfreiheit des Arbeitgeberverbandes	193
IX. Ergebnis.....	195
B. Rechtsfolgefragen dynamischer Verweisungen	195
I. Rechtsfolgen im Allgemeinen.....	195
II. Inkorporierung überraschender Tarifnormen	196
1. Streitstand.....	196
a) Keine Inkorporierung überraschender Tarifnormen	196
b) Inkorporierung überraschender Tarifnormen.....	197
2. Stellungnahme	197
3. Ergebnis.....	199
III. Abgrenzung statischer und dynamischer Verweisungen.....	199
1. Geltungserhaltende Tarifvertragsauslegung.....	200
2. Allgemeine Tarifvertragsauslegung.....	200
a) Grammatikalische Auslegung.....	200
b) Systematische Auslegung	201
c) Teleologische Auslegung	201
aa) Generelle Bewertung des Verweisungszwecks.....	202
bb) Bewertung des Verweisungszwecks im Anerkennungstarifvertrag.....	203

	IV. Rechtsfolgen materiell unwirksamer dynamischer Verweisungen....	204
§ 7	Reichweite der inhaltlichen Verweisung.....	205
	A. Globalverweisung.....	206
	I. Anwendungsfälle.....	206
	II. Rechtliche Zulässigkeit.....	207
	1. „Einfache“ Globalverweisung.....	207
	2. „Erweiterte“ Globalverweisung.....	208
	3. Ergebnis.....	210
	III. Zusatzvereinbarungen.....	210
	1. Ergänzende Zusatzvereinbarungen.....	210
	2. Verdrängende Zusatzvereinbarungen.....	211
	IV. Protokollnotizen und Ergänzungsabkommen.....	212
	B. Teilverweisung.....	213
	I. Anwendungsfälle.....	213
	II. Rechtliche Zulässigkeit.....	214
	1. Statische Teilverweisung.....	214
	a) Rechtmäßigkeitsbedenken.....	214
	b) Rechtfertigung.....	215
	2. Dynamische Teilverweisung.....	217
	a) Rechtmäßigkeitsbedenken.....	217
	b) Rechtfertigung.....	218
	C. Einzelverweisung.....	219
	I. Anwendungsfälle.....	220
	II. Rechtliche Zulässigkeit.....	220
§ 8	Formelle Anforderungen an den Abschluss des Anerkennungstarifvertrages...	221
	A. Schriftform.....	221
	I. Allgemeine Anforderungen.....	222
	II. Vereinbarungen über die Schriftform – insbesondere Vereinbarungen über die Schaffung von Anhängen oder Anlagen zum Anerkennungstarifvertrag.....	223
	1. Zweck der Vereinbarung und Folgen für die Inkorporationsanordnung.....	223
	a) Deklaratorische Bedeutung.....	223
	b) Konstitutive Bedeutung.....	224
	2. Regelungsmacht der Parteien des Anerkennungstarifvertrages..	225
	3. Auslegungsfragen.....	225
	a) Grammatikalische Auslegung.....	226
	b) Systematische Auslegung.....	227
	c) Teleologische Auslegung.....	228
	d) Ergebnis.....	231
	B. Auslagepflicht.....	232
	I. Umfang der Auslagepflicht.....	232

1.	Streitstand.....	232
2.	Stellungnahme	233
II.	Vereinbarungen über die Auslagepflicht.....	235
C.	Tarifregister	237
I.	Führung des Tarifregisters	237
II.	Übersendungs- und Mitteilungspflicht.....	237
1.	Übersendungspflicht.....	237
a)	Ableitung des Pflichtenstatus	238
b)	Pflichtenstatus bei statischen und dynamischen Verweisungen	240
c)	Pflichtenstatus bei Teilverweisungen	240
2.	Mitteilungspflicht	241
3.	Vereinbarungen über die Übersendungspflicht.....	241
§ 9	Verbindlichkeit verbandstarifbezogener Feststellungsurteile auf der Ebene des Anerkennungstarifvertrages.....	242
A.	Reichweite der Bindungswirkung auf der Ebene des Verbandstarifvertrages.....	242
B.	Erstreckung der Bindungswirkung auf die Ebene des Anerkennungstarifvertrages.....	244
I.	Bindungswirkung kraft unmittelbarer Anwendung des § 9 TVG.....	244
II.	Bindungswirkung kraft analoger Anwendung des § 9 TVG	246
1.	Planwidrige Regelungslücke.....	246
2.	Vergleichbare Interessenlage.....	248
a)	Einheitliche Entscheidungen	248
b)	Eigenverantwortliche Wahrung der Mitgliederinteressen	250
c)	Sicherung der Einwirkungs- und Friedenspflicht	251
d)	Schlussfolgerung	252
III.	Bindungswirkung kraft tarifvertraglicher Urteilsunterwerfung im Anerkennungstarifvertrag	253
1.	Ableitung einer tarifvertraglichen Bindungswirkung.....	253
a)	Bindungswirkung zwischen den Parteien des Anerkennungstarifvertrages	254
b)	Bindungswirkung zwischen den an den Anerkennungstarifvertrag gebundenen Normadressaten	255
aa)	Tarifnormcharakter der tarifvertraglichen Unterwerfungsklausel im Anerkennungstarifvertrag	255
bb)	Rechtmäßigkeit der tarifvertraglichen Unterwerfungsklausel im Anerkennungstarifvertrag.....	257
cc)	Schlussfolgerung	260
c)	Bindungswirkung gegenüber Dritten.....	260
2.	Inhalt und Auslegung der tarifvertraglichen Unterwerfungsklausel im Anerkennungstarifvertrag.....	261
3.	Ergebnis.....	263

Teil 3

Überleitung der inhaltlichen Vorgaben eines zukünftig in Kraft tretenden, neuartigen Verbandstarifvertrages in den Anerkennungstarifvertrag – Rechtskonformität und Rechtsfolgen der Vorabunterwerfungs- und Verhandlungsklausel 264

§ 10	Vorabunterwerfungs- und Verhandlungsklausel	264
	A. Auslegung	265
	I. Substituierungs- und Vorabunterwerfungsklausel	265
	II. Verhandlungsklausel	266
	B. Tarifrechtliche Zulässigkeit	267
	I. Substituierungs- und Vorabunterwerfungsklausel	267
	1. Konstitutiver Verweisungscharakter	267
	2. Rechtscharakter der Vorabunterwerfungsklausel	268
	3. Tarifrechtliche Wirksamkeit der Vorabunterwerfungsklausel	270
	a) Schriftform	270
	b) Normenbestimmtheit	271
	c) Publizität	271
	d) Grenzen der Tarifautonomie	272
	aa) Streitstand und Problemaufwurf	272
	bb) Rechtfertigung der Vorabunterwerfung	274
	(1) Arbeitgeberseite	275
	(2) Arbeitnehmerseite	276
	e) Negative Koalitionsfreiheit	277
	f) Ergebnis	277
	II. Verhandlungsklausel	278
	1. Zulässigkeit der Verhandlungsklausel	279
	2. Rechtsfolgen der Verhandlungsklausel	281
	3. Rechtsfragen der Einigungsklausel	284
	a) Rechtscharakter	285
	b) Rechtliche Zulässigkeit	286
	c) Durchsetzbarkeit	287
	4. Ergebnis	290

Teil 4

Überleitung der statusrechtlichen Vorgaben eines Verbandstarifvertrages in den Anerkennungstarifvertrag – insbesondere die Rechtskonformität und Rechtsfolgen der dynamischen Rechtsstatusklausel 291

§ 11	Statusrechtliche Vereinbarungsbefugnis – Wechselwirkung zwischen dem Rechtsstatus des Anerkennungs- und des Verbandstarifvertrages im Allgemeinen	292
------	---	-----

A. Vereinbarung eines unmittelbar zwingenden Rechtsstatus des Anerkennungstarifvertrages.....	292
I. Anwendungsfälle	292
II. Rechtmäßigkeit	294
B. Außer Kraft getretene Verbandstarifnormen und Beibehaltung dieses Rechtsstatus im Anerkennungstarifvertrag	295
C. Vereinbarung eines nachwirkenden Rechtsstatus des Anerkennungstarifvertrages.....	296
I. Anwendungsfälle	296
1. Unmittelbar und zwingend wirkender Verbandstarifvertrag.....	296
2. Nachwirkender Verbandstarifvertrag.....	297
II. Rechtmäßigkeit	297
1. Streitstand	298
a) Unzulässigkeit „von Anfang an“ nachwirkender Tarifverträge.....	298
b) Zulässigkeit „von Anfang an“ nachwirkender Tarifverträge.....	299
2. Stellungnahme	301
a) Dispositionsbefugnis der Tarifvertragsparteien über nachwirkende Tarifnormen – Schaffung „lediglich nachwirkender“ Tarifnormen	301
aa) Rechtscharakter nachwirkender Tarifnormen	302
(1) Grammatikalische Auslegung	302
(2) Historische Auslegung	303
(3) Systematische Auslegung.....	303
(4) Teleologische Auslegung	304
(a) Widerspruchsfreiheit zur Gesamtrechtsordnung	304
(b) Verfassungskonformität.....	308
(c) Effektivierung der ratio legis	309
(5) Schlussfolgerung	310
bb) Konsequenzen aus dem Rechtscharakter für die Anerkennung einer Dispositionsbefugnis	311
cc) Ergebnis.....	314
b) Schaffung „von Anfang an“ nachwirkender Tarifnormen	314
aa) Rechtsgrundlage	315
(1) Ableitung aus § 4 Abs. 5 TVG.....	315
(a) Grammatikalische Auslegung	316
(b) Historische Auslegung	316
(c) Systematische Auslegung	317
(d) Teleologische Auslegung.....	317
(e) Ergebnis.....	318
(2) Ableitung aus § 4 Abs. 3, 1. Alt. TVG	318

	(3) Ableitung aus Art. 9 Abs. 3 Satz 1 GG	319
	(4) Ergebnis	320
	bb) Ausschluss der Friedenspflicht	320
	(1) Streitstand.....	320
	(a) Immanenztheorie	320
	(b) Konsenstheorie	322
	(2) Stellungnahme.....	323
	(3) Ergebnis	327
	c) Schlussfolgerung	327
§ 12	Dynamische Rechtsstatusklausel.....	327
A.	Wirkungsweise der dynamischen Rechtsstatusklausel.....	328
I.	Dynamische Rechtsstatusklausel im engeren Sinne.....	328
	1. Auswirkungen auf die kraft Verweisung inkorporierten Tarifnormen.....	328
	2. Auswirkungen auf die originären Tarifbestimmungen	330
	3. Ergebnis.....	330
II.	Konkretisierende Anordnungen	331
	1. Inhalt der konkretisierenden Anordnungen.....	331
	a) Kündigungsklausel	331
	b) Tarifforderungsklausel	332
	c) Friedenspflichtklausel.....	333
	2. Konsequenzen aus der fiktiven Formulierungsweise	334
	3. Ergebnis.....	335
III.	Schlussfolgerungen zur Wirkungsweise	335
B.	Rechtmäßigkeit der dynamischen Rechtsstatusklausel	336
I.	Statusrechtliche Dispositionsbefugnis.....	337
	1. Höchstrichterliche Erklärungsansätze.....	337
	a) Rechtsprechung zur dynamischen Rechtsstatusklausel	337
	b) Rechtsprechung zur Rechtsstatusproblematik im Allgemeinen	337
	2. Stellungnahme	339
	a) Unmittelbar und zwingend wirkende Verbandstarifnormen.....	339
	b) Nachwirkende Verbandstarifnormen	340
	aa) Schaffung „von Anfang an“ nachwirkender Tarifnormen.....	341
	bb) Schlussfolgerung	344
	cc) Ergebnis.....	345
	c) Außer Kraft getretene Verbandstarifnormen	345
	d) Ergebnis.....	346
II.	Arbeitskampfrechtliche Folgefragen.....	346
	1. Streikrecht.....	347
	a) Verfolgung eines eigenständigen firmentarifvertraglichen Regelungsanliegens	350

aa)	Verstoß gegen rechtliche Grundsätze	352
bb)	Verstoß gegen tarifpolitische Grundsätze	353
cc)	Ergebnis.....	354
b)	Einbeziehung in den Verbandsarbeitskampf und Druckerhöhung auf den Arbeitgeberverband.....	354
aa)	Rechtliche Einordnung als Sympathiearbeitskampf....	355
bb)	Fremdnütziger Sympathiearbeitskampf	358
cc)	Eigennütziger Sympathiearbeitskampf	360
	(1) Rechtfertigung entsprechend den vom Bundesarbeitsgericht anerkannten Ausnahmetatbeständen.....	361
	(2) Rechtfertigung jenseits der vom Bundesarbeitsgericht anerkannten Ausnahmetatbestände.....	362
	(a) Streitstand	363
	(aa) Ablehnung des Partizipationsgedankens.....	363
	(bb) Anerkennung des Partizipationsgedankens	363
	(b) Stellungnahme	364
	(aa) Funktion des Arbeitskampfes.....	365
	(bb) Verhältnismäßigkeitsprinzip	366
	(cc) Arbeitskampfautonomie und Friedenspflicht.....	367
	(dd) Arbeitskampfbeteiligung auf Arbeitnehmerseite	369
	(ee) Unrechtmäßige Privilegierung	371
	(ff) Besonderheiten der dynamischen Verweisung.....	374
	(gg) Schlussfolgerung.....	376
	(c) Ergebnis.....	376
2.	Aussperrung.....	376
a)	Funktion des Arbeitskampfes	376
b)	„Kampfbündnis-Rechtsprechung“ des Bundesverfassungsgerichts	378
c)	Ergebnis.....	382
3.	Dispositionsbefugnis über die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Arbeitskampfes	382
4.	Ergebnis.....	386
III.	Negative Koalitionsfreiheit.....	387
1.	Schutzbereich der negativen Koalitionsfreiheit	387
2.	Grundrechtskonformität der dynamischen Rechtsstatusklausel ..	389
3.	Ergebnis.....	392
IV.	Kündigungsrechtliche Folgeprobleme	393
1.	Übertragung der statusrechtlichen Entscheidungsmacht.....	393

2. Teilkündigung.....	396
3. Ergebnis.....	397
V. Arbeitskampffähigkeit des „kleinen“ Arbeitgebers	397
VI. Ergebnis.....	399
C. Rechtsfolgen	399

Teil 5

Arbeitskampfrechtliche Rechtsfragen des Anerkennungstarifvertrages	401
§ 13 Allgemeine Rechtsfragen des firmentarifvertragsbezogenen Arbeitskampfes ..	401
A. Rechtsgrundlagen des firmentarifvertragsbezogenen Arbeitskampfes.....	401
I. Arbeitskampfberechtigung der Gewerkschaft.....	401
II. Arbeitskampfberechtigung des Außenseiterarbeitgebers	404
B. Arbeitskampffähigkeit des „kleinen“ Arbeitgebers.....	408
I. Streitstand	408
1. Fehlende Arbeitskampffähigkeit des „kleinen“ Arbeitgebers ...	408
2. Unbeschränkte Arbeitskampffähigkeit des „kleinen“ Arbeitgebers	409
II. Stellungnahme	410
1. Imparitätslage	410
2. Korrektur durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip	414
3. Korrektur jenseits des Verhältnismäßigkeitsprinzips.....	415
a) Ausschluss der Tariffähigkeit.....	416
b) Ausschluss der Arbeitskampffähigkeit	417
aa) Kritische Einwände der Rechtslehre gegen einen Ausschluss der Arbeitskampffähigkeit	419
bb) Rechtfertigung der Arbeitskampffähigkeit	422
cc) Ergebnis.....	424
c) An die Imparitätslage angepasste Rechtskontrolle	424
aa) Entgegenstehende Richtigkeitsgewähr	425
bb) Ableitung einer an die Imparitätslage angepassten Rechtskontrolle.....	425
cc) Vorteile einer an die Imparitätslage angepassten Rechtskontrolle.....	430
dd) Ergebnis.....	430
§ 14 Erkämpfbarkeit einzelner Klauseln des Anerkennungstarifvertrages.....	430
A. Statische und dynamische Globalverweisklausel	431
I. Rechtscharakter der Verweisklausel.....	431
II. Ultima-ratio-Prinzip.....	432
1. Statische Verweisung.....	433
2. Dynamische Verweisung	434

III.	Negative Koalitionsfreiheit.....	436
1.	Negative Koalitionsfreiheit und Streikdruck	436
2.	Negative Koalitionsfreiheit und Inhalt der Streikforderung.....	437
3.	Negative Koalitionsfreiheit und Selbstgestaltungsbefugnis.....	437
a)	Statische Verweisung	439
b)	Dynamische Verweisung.....	439
IV.	„Kleine“ Arbeitgeber	441
V.	Ergebnis.....	443
B.	Statische und dynamische Teilverweisklausel.....	443
C.	Vorabunterwerfungsklausel	444
I.	Rechtscharakter der Vorabunterwerfungsklausel.....	445
II.	Ultima-ratio-Prinzip.....	445
1.	Streitstand	446
2.	Übertragung der Stellungnahmen auf die Vorabunterwerfungsklausel des Anerkennungstarifvertrages.....	447
3.	Ergebnis.....	450
III.	Negative Koalitionsfreiheit.....	450
IV.	Schlussfolgerung.....	451
D.	Dynamische Rechtsstatusklausel	453
I.	Rechtmäßiges Kampfziel	453
II.	Rechtsfolgen	454
1.	Streitstand.....	454
2.	Übertragung auf den Anerkennungstarifkonflikt	455
3.	Ergebnis.....	458

Teil 6

Rechtsfragen der Beendigung des Anerkennungstarifvertrages 459

§ 15	Formen und Wirksamkeitsvoraussetzungen der Beendigung des Anerkennungstarifvertrages.....	459
A.	Beendigungsformen des Anerkennungstarifvertrages.....	460
I.	Formen der Beendigung des Anerkennungstarifvertrages ohne verweisungsspezifische Besonderheiten	460
1.	Ablösung	460
2.	Aufhebungsvertrag	460
3.	Auflösende Bedingung	461
II.	Ordentliche Kündigung des Anerkennungstarifvertrages	461
1.	Zulässigkeit der ordentlichen Kündigung.....	462
2.	Bestimmung des Kündigungssterms	463
a)	„Einfache“ statische Verweisung	463
aa)	Vereinbarter Kündigungssterm	463
bb)	Ohne vereinbarten Kündigungssterm	464

cc)	Ergebnis.....	466
b)	„Einfache“ dynamische Verweisung	466
aa)	Vom Grundsatz der Tarifnormverantwortung abgeleitetes ordentliches Kündigungsrecht	467
	(1) Auffassung Riebles	467
	(2) Stellungnahme.....	467
bb)	Vereinbarter Kündigungstermin	470
cc)	Ohne vereinbarten Kündigungstermin	470
	(1) Argumentationsansätze	471
	(a) Inkorporierung der verbandstarifvertraglichen Kündigungsregelung	471
	(b) Unbefristeter Ausschluss der ordentlichen Kündigung	471
	(2) Stellungnahme.....	471
dd)	Ergebnis.....	473
c)	„Erweiterte“ statische und dynamische Globalverweisung ..	473
aa)	Vereinbarter Kündigungstermin	473
bb)	Ohne vereinbarten Kündigungstermin	476
cc)	Ergebnis.....	477
3.	Ermittlung der Kündigungsfrist	477
4.	Ermittlung der Kündigungsgründe	479
a)	Vereinbarte Kündigungsgründe.....	479
b)	Ohne vereinbarte Kündigungsgründe	480
5.	Höchstdauer des Ausschlusses der ordentlichen Kündigung.....	480
6.	Ordentliche Gesamtkündigung bei „erweiterter“ Globalverweisung trotz ordentlicher Teilkündigungsmöglichkeit.....	485
III.	Außerordentliche Kündigung des Anerkennungstarifvertrages	486
1.	Zulässigkeit der außerordentlichen Kündigung	486
a)	Außerordentliche Kündigung kraft Vereinbarung.....	486
b)	Außerordentliche Kündigung ohne Vereinbarung.....	487
c)	Verhältnis zum Rechtsinstitut des Wegfalls der Geschäftsgrundlage.....	488
2.	Voraussetzungen der außerordentlichen Kündigung	489
a)	Wichtiger Grund und Unzumutbarkeit	489
aa)	Schwere Pflichtverletzung	490
bb)	Änderung der wirtschaftlichen Rahmendaten	490
cc)	Aus Art. 9 Abs. 3 Satz 1 GG abgeleiteter außerordentlicher Kündigungsgrund.....	492
	(1) Statische Verweisung	493
	(2) Dynamische Verweisung.....	493
	(a) Gefährdungslage	494
	(b) Vorgaben des Art. 9 Abs. 3 Satz 1 GG	494
	(c) Bestimmung des wichtigen Grundes.....	497

Inhaltsverzeichnis	23
(d) Bestimmung der Unzumutbarkeit	499
(aa) Erhebliche Belastung	499
(bb) Zeitliche Komponente.....	500
(e) Ergebnis.....	501
dd) Kombination aus Änderung der wirtschaftlichen Rahmendaten und Änderung der dynamisch in Bezug genommenen Verbandstarifbestimmungen	501
b) Zeitpunkt der Kündigungserklärung.....	501
c) Ultima-ratio-Prinzip	503
aa) Vorrang eines Nachverhandlungsangebotes	504
bb) Vorrang einer außerordentlichen Teilkündigung	506
IV. Zeitablauf bei Befristung des Anerkennungstarifvertrages	508
1. Vereinbarte Laufzeit	508
2. Ohne vereinbarte Laufzeit	509
a) Statische Verweisung	509
b) Dynamische Verweisung.....	509
B. Auswirkungen der Beendigung des in Bezug genommenen Verbandstarifvertrages.....	511
I. Grundsätzliche Unabhängigkeit des Anerkennungstarifvertrages....	511
II. Durchschlagen der Beendigungswirkung kraft Vereinbarung im Anerkennungstarifvertrag	512
III. Durchschlagen der Beendigungswirkung aufgrund des Gleichstellungsanliegens.....	513
§ 16 Rechtsfolgen der Beendigung des Anerkennungstarifvertrages	514
A. Allgemeine Rechtsfolgefragen.....	514
I. Grundsatz der Nachwirkung	514
II. Ausschluss der Nachwirkung	515
III. Nachwirkung bei außerordentlicher Kündigung	516
B. Verweisungsspezifische Rechtsfolgefragen	519
I. Nachwirkung bei statischer Verweisung.....	519
II. Nachwirkung bei dynamischer Verweisung.....	520
1. Streitstand	521
a) Wegfall der Dynamisierung.....	521
b) Aufrechterhaltung der Dynamisierung	522
2. Stellungnahme	523
a) Unmittelbare Anwendung des § 4 Abs. 5 TVG.....	523
aa) Vorgaben des Gesetzeswortlauts	523
bb) Rechtscharakter der Verweisansordnung	524
cc) Konsequenzen.....	526
dd) Ergebnis.....	527
b) Analoge Anwendung des § 4 Abs. 5 TVG	527
aa) Planwidrige Regelungslücke.....	528
bb) Vergleichbare Interessenlage.....	528

(1) Normzweck des § 4 Abs. 5 TVG.....	528
(2) Übertragung der Normzweckgesichtspunkte auf die dynamische Verweisungsanordnung	530
cc) Ergebnis.....	533
c) Schlussfolgerung.....	533

Teil 7

Zusammenfassung und Ausblick	534
-------------------------------------	-----

Anhang – Dokumentation typischer Regelungsinhalte des Anerkennungstarifvertrages	549
---	-----

A. Inhaltlich dynamische und statusrechtlich dynamische Verweisung im Anerkennungstarifvertrag mit vorübergehend abweichender Wochenar- beitszeit.....	549
B. Inhaltlich dynamische und statusrechtlich dynamische Verweisung im Anerkennungstarifvertrag mit inhaltlicher Vorabunterwerfung und in- haltlicher Stufenanpassung an das Verbandstarifniveau	552
C. Inhaltlich dynamische Verweisung im Anerkennungstarifvertrag mit Teilkündigungsgestattung.....	555
D. Inhaltlich dynamische Verweisung und inhaltlich statische Verweisung mit Dynamisierungsvorbehalt im Anerkennungstarifvertrag	556
E. Inhaltlich dynamische Verweisung im Anerkennungstarifvertrag auf ei- ne andere Tarifregion.....	557
F. Inhaltlich dynamische und statusrechtlich dynamische Verweisung im Anerkennungstarifvertrag mit Ausnahmeverbehalt	558
G. Eigenständiger Firmentarifvertrag mit teilweiser inhaltlich statischer be- ziehungsweise inhaltlich dynamischer Verweisung.....	559

Literaturverzeichnis	561
Sachwortverzeichnis	588

Abkürzungsverzeichnis

a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz vom 25.06.1969 (BGBl. I S. 582)
AfP	Archiv für Presserecht – Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Aktiengesellschaft
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb – Zeitschrift für Betriebsratsmitglieder
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis – Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz vom 02.07.1979 (BGBl. I S. 853, ber. S. 1036)
AR-Blattei	Arbeitsrechts-Blattei
ArbR	Arbeitsrecht – Zeitschrift für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten
ArbRGew	Arbeitsrecht der Gegenwart – Jahrbuch für das gesamte Arbeitsrecht und die Arbeitsgerichtsbarkeit
ArbuR	Arbeit und Recht – Zeitschrift für Arbeitsrechtspraxis
ARS	Arbeitsrechts-Sammlung – Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und des Reichsehrengerichtshofs, der Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte und Ehrengerichte
Art.	Artikel
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht – Monatsschrift für die betriebliche Praxis
BABI	Bundesarbeitsblatt
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAT	Bundesangestelltentarifvertrag
BAT-O	Bundesangestelltentarifvertrag-Ost
BB	Betriebs-Berater – Zeitschrift für Recht und Wirtschaft

BeschFG	Beschäftigungsförderungsgesetz vom 26.04.1985 (BGBl. I S. 710)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz vom 15.01.1972 (BGBl. I S. 13)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18.08.1896 (RGBl. S. 195)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BISStzArbR	Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drucksache	Drucksache des Deutschen Bundestages
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz vom 08.01.1963 (BGBl. I S. 2)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
ca.	circa
CGM	Christliche Gewerkschaft Metall
DB	Der Betrieb – Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO TVG	Verordnung zur Durchführung des Tarifvertragsgesetzes vom 23.12.1988 (BGBl. 1989 I S. 77)
e.V.	eingetragener Verein
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einf	Einführung
Einl/Einl.	Einleitung
ErfKom	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht – Kurzkomentare
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
f.	folgende
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht – Zeitschrift

ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
Gem. Anm.	Gemeinsame Anmerkung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.05.1949 (BGBl. I S. 1)
GK-BetrVG	Gemeinschaftskommentar zum Betriebsverfassungsgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Grundl.	Grundlagen
GS	Großer Senat
Hdb	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10.05.1897 (RGBl. S. 219)
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
IG	Industriegewerkschaft
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
JherJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts
JuS	Juristische Schulung – Zeitschrift für Studium und praktische Ausbildung
JZ	Juristenzeitung
KR	Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften
KSchG	Kündigungsschutzgesetz vom 25.08.1969 (BGBl. I S. 1317)
LAG	Landesarbeitsgericht
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
MTV	Manteltarifvertrag
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZfA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OT-Mitgliedschaft	Mitgliedschaft ohne Tarifbindung
RAG	Reichsarbeitsgericht
RdA	Recht der Arbeit – Zeitschrift für die Wissenschaft und Praxis des gesamten Arbeitsrechts
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt

RGZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
S.	Seite
SAE	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SGB III	Sozialgesetzbuch, Drittes Buch – Arbeitsförderung vom 24.03.1997 (BGBl. I S. 594)
SGG	Sozialgerichtsgesetz vom 23.09.1975 (BGBl. I S. 2535)
SprAuG	Gesetz über Sprecherausschüsse vom 20.12.1988 (BGBl. I S. 2312)
TVG	Tarifvertragsgesetz vom 25.08.1969 (BGBl. I S. 1323)
TVVO	Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23.12.1918.
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz vom 21.12.2000 (BGBl. I S. 1966)
UmwG	Umwandlungsgesetz vom 28.10.1994 (BGBl. I S. 3210)
Ver.di	Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
vgl.	vergleiche
Vor/Vorb.	Vorbemerkung
VSME	Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie e.V.
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686)
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung – Zeitschrift für Wirtschaftsanwälte und Unternehmensjuristen
WM	Wertpapiermitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung – Vierteljahreszeitschrift für staatliche und kommunale Rechtsetzung
ZIAs	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung in der Fassung vom 12.09.1950 (BGBl. S. 533)
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes
zugl.	zugleich
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einleitung

A. Einleitender Überblick über die Bedeutung und den Regelungszweck des Anerkennungstarifvertrages

In Anbetracht der in der letzten Dekade fortgeschrittenen Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaftsmärkte und der hiermit einhergehenden Beschäftigungskrise in der Bundesrepublik Deutschland fordern die Unternehmen unablässig eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und insbesondere der geltenden Tarifverträge. Da sich die Koalitionen den Herausforderungen nur zögerlich stellten, geriet der Verbandstarifvertrag, der auch als Flächentarifvertrag bezeichnet wird, in die Kritik.¹ Gleichzeitig führte die „Krise“ des Flächentarifsystems zu einer tarifpraktischen Aufwertung des Firmentarifvertrages. Zahlreiche Arbeitgeber versprechen sich von einer firmentarifvertraglichen Strukturierung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen eine individuelle, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer Unternehmen gerecht werdende Verteilung der sozialen Lasten und Risiken. Eine andere Interessenlage liegt hingegen der verstärkten Hinwendung der Gewerkschaften zum Gestaltungsinstrumentarium des Firmentarifvertrages zu Grunde. Das primäre Regelungsziel der Gewerkschaften besteht darin, ihren in nicht koalitionswilligen Unternehmen beschäftigten Mitgliedern eine kollektivarbeitsrechtlich gesicherte Arbeitsordnung zu gewährleisten, die in ihrem Regelungsgehalt mit dem auf verbandstarifvertraglicher Ebene erreichten Tarifstandard weitgehend harmonisiert.

Der Anerkennungstarifvertrag stellt eine spezifische Form des Firmentarifvertrages dar. Vertragsparteien sind der einzelne Arbeitgeber und die jeweils tarifzuständige Arbeitnehmervereinigung. Ungeachtet des Bedeutungszuwachses firmentarifvertraglicher Regelungen und der damit einhergehenden Renais-

¹ Zur „Krise“ des Flächentarifvertrages – siehe stellvertretend *Bispinck*, ArbRGew 34 (1997), 49, 49 f.; *Däubler*, NZA 1996, 225, 225; *Hanau*, RdA 1998, 65, 65; *Heinze*, Festschrift für Kraft, S. 205, 205; *Henssler*, ZfA 1994, 487, 488 f.; *Hromadka*, Festschrift für Wlotzke, S. 333, 335 f.; *ders.*, AuA 1996, 289, 289; *Junker*, ZfA 1996, 383, 384 ff.; *Kirchner*, AuA 1995, 73, 73 f.; *Konzen*, NZA 1995, 913, 916 f.; *Molitor*, Festschrift für Schaub, S. 487, 487; *Rieble*, RdA 1996, 151, 151; *Schlochauer*, Festschrift für Schaub, S. 699, 699 ff.; *Winkler*, NZA 2000, Sonderbeilage zu Heft 24, S. 10, 10; *Zachert*, RdA 1996, 140, 140 f.; *ders.*, ZTR 1998, 97, 97.

sance² des Firmentarifvertrages in der Rechtslehre³ blieben signifikante Rechtsfragen des Anerkennungstarifvertrages sowohl in der Rechtsprechung als auch im Schrifttum nahezu unerörtert.⁴ Das *Bundesarbeitsgericht* befasste sich zwar in mehreren Urteilen mit dem Regelungsinstrumentarium des Anerkennungstarifvertrages, sah indes keine Veranlassung zu einer vertieften Würdigung des besonderen Tarifvertragstypus.⁵ Auch aktuelle Stellungnahmen in der Literatur schenken dem Anerkennungstarifvertrag kaum Beachtung, sondern konzentrieren sich auf die Erörterung allgemeiner Problemstellungen der firmentarifvertraglichen Regelungsbefugnis oder setzen sich in inhaltlicher Hinsicht mit Fragen der unternehmensspezifischen, das heißt inhaltlich originären Ausgestaltung der Firmentarifbedingungen auseinander.⁶

Die vorliegende Arbeit hat es sich daher zum Ziel gesetzt, die sozialpolitische Bedeutung des Anerkennungstarifvertrages herauszuarbeiten und die vielfältigen Rechtsfragen, die im Zusammenhang mit der anerkennungstarifvertraglichen Strukturierung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen auftreten, eingehend zu behandeln.

Der Anerkennungstarifvertrag erfüllt eine charakteristische tarifpolitische Funktion, die sich in wiederkehrenden Vertragsklauseln manifestiert. Sein

² Bereits in den siebziger Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts wurden einzelne Rechtsfragen des Firmentarifvertrages in der Debatte um die so genannte „betriebsnahe Tarifpolitik“ ausführlich diskutiert – vgl. hierzu *Buchner*, DB 1970, 2025, 2025 ff.; *ders.*, DB 1970, 2074, 2074 ff.; *Däubler*, Tarifvertragsrecht, Rn. 605; *Gamillscheg*, Kollektives Arbeitsrecht I, S. 1005 f.; *Hensche*, RdA 1971, 9, 9 ff.; *Hess*, DB 1975, 548, 548 ff.; *ders.*, ZfA 1976, 45, 46 ff.; *Kempen/Zachert*, Grundlagen Rn. 93; *Oetker*, in Wiedemann, § 2 TVG Rn. 123; *Wieland*, Recht der Firmentarifverträge, Rn. 17 ff.

³ Vgl. *Becker*, AuA 2000, 18 ff.; *Henssler*, ZfA 1998, 517, 519 ff.; *Ischner*, Vereinheitlichung standortunterschiedlicher tarifvertraglicher Arbeitsbedingungen durch Haustarifvertrag, S. 136 ff.; *Stein*, RdA 2000, 129, 129 ff.; *Waas*, ZTR 2000, 341, 341; *Wieland*, Recht der Firmentarifverträge, Rn. 1 ff.; *Zachert*, Festschrift für Kehrman, S. 335, 335 ff.; *ders.*, NZA 2000, Sonderbeilage zu Heft 24, S. 17, 17 ff.; siehe auch *Häuser*, Festschrift für Kissel, S. 297, 297 ff.; *Lieb*, Festschrift für Kissel, S. 653, 653 ff.; *Matthes*, Festschrift für Schaub, S. 477, 477 ff.; *Oetker*, in Schlee/Oetker, Tarifpolitik im Wandel, S. 60 ff.

⁴ Eine nähere Untersuchung spezifischer Rechtsfragen des Anerkennungstarifvertrages findet sich lediglich bei *Oetker*, in Schlee/Oetker, Tarifpolitik im Wandel, S. 90 ff. Siehe auch *Unterhinninghofen*, Anm. zu ArbG Verden vom 20.09.2000, AiB 2001, 372, 372.

⁵ *BAG* vom 18.12.1996, AP Nr. 1 zu § 1 TVG Kündigung; *BAG* vom 18.06.1997, AP Nr. 2 zu § 1 TVG Kündigung; *BAG* vom 20.06.2001, AP Nr. 18 zu § 1 TVG Bezugnahme auf Tarifvertrag; *BAG* vom 29.08.2001, AP Nr. 17 zu § 1 TVG Bezugnahme auf Tarifvertrag; *BAG* vom 18.02.2003, AP Nr. 163 zu Art. 9 GG Arbeitskampf.

⁶ An dieser Stelle sei auf eine von *Wieland*, Recht der Firmentarifverträge, Rn. 301 ff. durchgeführte Analyse hingewiesen. Aufgeschlüsselt nach unterschiedlichen Wirtschaftsgruppen stellt er einzelne Regelungsgehalte von Firmentarifverträgen dar.

zentraler Regelungszweck besteht in der inhaltlichen Angleichung der auf firmentarifvertraglicher Ebene geltenden Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen an das von den Koalitionen ausgehandelte Tarifniveau der Verbandstarifverträge. Unter Verzicht auf eine inhaltlich originäre Tarifgestaltung lehnen sich die Parteien des Anerkennungstarifvertrages kraft Verweisung an die Regelungsvorgaben eines Verbandstarifvertrages an. Das Wesen des Anerkennungstarifvertrages liegt demgemäß in der inhaltlichen Unterwerfung der tarifgebundenen Normadressaten unter die von fremden Sozialpartnern ausgeformte Verbandstarifordnung. Der Anerkennungstarifvertrag zeichnet sich also durch eine Zwitterstellung aus. Im Hinblick auf seine Entstehung ist der Typus des Firmentarifvertrages und im Hinblick auf seinen Inhalt ist der Typus des Verbandstarifvertrages das Leitbild.

Insbesondere die Gewerkschaften sind bestrebt, Firmentarifbedingungen gegenüber nicht koalitionswilligen Arbeitgebern durchzusetzen, die mit den Regelungsvorgaben der Verbandstarifverträge inhaltlich korrespondieren. In Verfolgung des tarifstrategischen Anliegens, ihren Mitgliedern im jeweiligen Wirtschaftszweig regional einheitliche Tarifbedingungen zu gewährleisten, erheben die Gewerkschaften gegenüber einzelnen Außenseiterarbeitgebern die Forderung nach „Anerkennung“ der Verbandstarifinhalte. Zielorientiert ausgedrückt dient das Regelungsinstrumentarium des Anerkennungstarifvertrages somit der „inhaltlichen Gleichstellung“ unkoalierter Arbeitgeber mit den verbandstarifgebundenen Unternehmen.

Eine wichtige tarifpolitische Funktion erfüllt der Anerkennungstarifvertrag darüber hinaus im Zusammenhang mit der Bewältigung der „Krise“ des Flächentarifvertrages. Auf eine „Flucht“ der Unternehmen aus einer bestehenden Verbandstarifbindung reagieren die Gewerkschaften oftmals mit der Forderung nach Abschluss eines Anerkennungstarifvertrages, um hierdurch einer Unterschreitung des Verbandstarifniveaus entgegenzuwirken. Demgemäß stützen Anerkennungstarifverträge indirekt das in der Bundesrepublik Deutschland gewachsene Flächentarifsystem.

Aber auch für den einzelnen Arbeitgeber bietet eine inhaltliche Anbindung an den Verbandstarifstandard wesentliche Vorteile. Mit der firmentarifvertraglichen Übernahme der auf Verbandsebene erzielten Sozialkompromisse partizipiert der Außenseiter mittelbar an der Verhandlungsführung der Arbeitgebervereinigung, ohne sich in eine als nachteilig empfundene Koalitionseinbindung begeben zu müssen. Darüber hinaus bewahrt die Bereitschaft zur inhaltlichen Anerkennung der Verbandstarifverträge kleine Unternehmen, denen eine soziale Durchsetzungsfähigkeit fehlt, im Regelfall vor einem einseitigen Tarifiktrat sozial mächtiger Gewerkschaften.

Um dem Leser die Charakteristik des Anerkennungstarifvertrages zu veranschaulichen, sind im Anhang dieser Arbeit typische Vertragsgestaltungen do-